

Jugendpolitisches Programm



SoVD
Jugend

Barrierefreier Inhalt:
sovd.de/jugendpolitisches-programm

Vorwort von Bundesjugendvorsitzender Sönke Franz



Sönke Franz,
Bundesjugendvorsitzender

Liebe Freundinnen und Freunde der SoVD-Jugend,

dieses Jugendpolitische Programm, „kernsaniert“ und aktualisiert, ist für uns, die SoVD-Jugend, nichts weniger als unsere „Bibel“: Sie bündelt unsere gesamten jugend- und sozialpolitischen Forderungen.

Als Jugendorganisation im SoVD streiten wir seit über 40 Jahren für die Interessen und Belange unserer Mitglieder, um Ungerechtigkeiten, Ausgrenzungen und Benachteiligungen entgegenzuwirken. Und hier- von gibt es nach wie vor viele. Gerade auf dem Weg zu einer Gesell- schaft, in der alle ihren Platz haben und nicht diskriminiert und benachteiligt werden, dem Ziel, das uns so sehr am Herzen liegt, wartet immer noch ein riesiger Berg Arbeit auf uns.

So gibt es in Deutschland weiterhin „Sonderschulen“, beschönigend Förderschulen genannt, in denen junge Menschen mit Beeinträchtigungen von einem natürlichen Schulumfeld fern- gehalten werden. Ähnlich sieht es auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt aus. Mit dem „Stigma“ einer Behinderung ausgestattet, ist der Weg zu einer Anstellung auf dem ersten Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt mit vielen Steinen gepflastert. Hiergegen wehren wir uns.

So ist dieses Programm für uns ein Arbeitsauftrag, uns für euch einzusetzen und für Ver- besserungen zu kämpfen. Ich würde mich freuen, wenn auch du mit uns für die Durchset- zung unserer Ziele streiten würdest. Mach mit in der SoVD-Jugend. Ich freue mich auf dich!

Sönke Franz

Sönke Franz

Bundesjugendvorsitzender

Inhalt

Vorwort von Bundesjugendvorsitzender

Sönke Franz 1

Familie 5

Kindheit 9

Schule 11

Ausbildung 15

Arbeit 19

Soziale Sicherung 21

Eingliederungshilfe 27

Jugendhilfe 29

Barrierefreiheit 31

Zukunft 33

Vor Ort für euch 37

Familie

Das 20. Jahrhundert hat unserer Gesellschaft viele Neuerungen verschafft. So gab es neben den politischen Revolutionen auch einschneidende Neuerungen in den Bereichen der Gesellschaft und der Entwicklung neuer Formen des Zusammenlebens. Die Familie, wie sie noch vor 50 Jahren existierte, ist im derzeitigen 21. Jahrhundert noch existent, doch hat sich das familiäre Spektrum stark erweitert. Je vielfältiger die Gesellschaft ist, desto vielfältiger sind auch die Formen des familiären Zusammenlebens. Die SoVD-Jugend sieht das Zusammenleben von mindestens zwei Menschen, welche sich auf eine gemeinsame Verantwortung verständigt haben, als Familie an. Dies kann die klassische Familie sein (Vater, Mutter, Kinder) oder es können eben auch sogenannte Patchworkfamilien, Einelternfamilien geschiedener oder nie verheirateter Paare sowie gleichgeschlechtliche Paare sein. Familien und Kinder bedürfen eines besonderen Schutzes in unserer Gesellschaft. Alleinerziehende verdienen aufgrund ihrer Belastungen zudem ein hohes Maß an Unterstützung.

Hilfen für Familien

Die SoVD-Jugend fordert eine konsequente Vernetzung von Jugendämtern, Kitas, Schulen, Vereinen und Jugendhilfeeinrichtungen. Der Bereich der Familien- und Jugendhilfe bedarf einer angemessenen finanziellen, personellen und materiellen Ausstattung. Der allgemeine Sparzwang in den kommunalen Haushalten trägt dazu bei, dass die Aufgaben der jugendrelevanten Institutionen nicht ausreichend erfüllt werden können. Die heutigen Anforderungen und Problemlagen erfordern eine deutliche Aufstockung der verfügbaren Mittel.

Kinderarmut

In der reichen Bundesrepublik Deutschland ist laut einer Studie des Kinderhilfswerks UNICEF jedes sechste Kind von Armut betroffen. Obwohl die Kinderarmut nach wie vor stetig steigt, wie aktuelle Studien belegen, ist immer noch keine Trendwende in

Sicht. Die Einführung des Elterngeldes hatte im Hinblick auf Kinderarmut keine positiven Effekte. Seit der Anrechnung des Elterngeldes auf Leistungen nach dem SGB II hat sich die Situation in diesem Bereich für die Bezieherinnen und Bezieher verschärft. Die SoVD-Jugend fordert, dass diesem skandalösen Zustand in einem der reichsten Länder der Erde Einhalt geboten wird.

Eine Vielzahl von Maßnahmen gegen Kinderarmut, die sich nicht nur auf finanzielle Hilfen wie eine Grundsicherung der Kinder beschränken können, ist gefordert. Das von der Bundesregierung eingeleitete Bildungspaket reicht in seiner Ausgestaltung nicht aus, um eine Teilhabe von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu erreichen, zumal es bürokratisch überfrachtet ist. Ein großer Teil der im Bildungspaket zur Verfügung gestellten Mittel wird nicht abgerufen. Die SoVD-Jugend fordert eine Vereinfachung des Bezuges von Leistungen aus dem Bildungspaket. Die SoVD-Jugend fordert weiter, dass zur Minderung der Folgen von Kinderarmut die Mittel für die frühzeitige Förderung und Ausbildung benachteiligter Kinder massiv erhöht werden. Eine flächendeckende Schaffung von inklusiven Ganztagschulen und Kindertageseinrichtungen bietet die Möglichkeit einer verbesserten Chancengleichheit. Die SoVD-Jugend fordert zudem, dass kostenfreie Schulessen sowie eine psychologische und sozialpädagogische, familientherapeutische und medizinische Betreuung der betroffenen Kinder und Familien obligatorisch für alle Kinder zur Verfügung gestellt werden, um den Auswirkungen von Kinderarmut entgegenwirken zu können.

Armutrisiko alleinerziehend

Die SoVD-Jugend fordert, dass die Benachteiligungen alleinerziehender Elternteile im Steuer- und Sozialrecht aufgehoben werden. Seit 2008 können Alleinerziehende von ihrem Ex-Partner keine Unterhaltszahlungen mehr für ihre Erziehungsarbeit erwarten, wenn ihr Kind älter als

drei Jahre ist und eine Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung steht. Die vereinbarten Unterhaltszahlungen für das Kind aber liegen nicht nur überwiegend unter dem Existenzminimum, sondern jedes zweite Kind erhält obendrein vom getrennt lebenden Elternteil weniger als zugesagt oder gar nichts.

Armutsrisiko Migrationshintergrund

In Deutschland sind Kinder mit Migrationshintergrund stark von Armut betroffen. Der Bund, die Länder und die Kommunen in Deutschland haben auf diese Armutsgefährdung bisher keine ausreichenden Antworten gefunden und sie auch nicht nachhaltig gesucht. Dass Kinder aus Zuwandererfamilien so oft in finanziell prekären Verhältnissen leben, liegt vor allem an den schlechten Arbeitsmarktchancen ihrer Eltern: Fast 30 Prozent der Eltern mit Migrationshintergrund haben keine berufliche Qualifikation, die in Deutschland anerkannt ist. Viele berufstätige Zuwanderer haben deshalb extrem niedrige Einkommen. Andere haben gar keinen Job und sind auf Hartz IV angewiesen. Die SoVD-Jugend fordert, dass Kinder von Einwanderern in Vorschule und Schule zielgerichteter gefördert werden müssen, um ihnen in ihrem späteren Erwerbsleben bessere Chancen zu ermöglichen. Oft werden sie im deutschen Schulsystem strukturell benachteiligt. Die SoVD-Jugend fordert zudem, dass Berufsabschlüsse von Immigranten in Deutschland einfacher anerkannt werden, damit diese auf dem Arbeitsmarkt besser Fuß fassen können.

Kindheit

Kindheitsmuster unterscheiden sich stark voneinander: In Abhängigkeit davon, welcher sozialen Schicht die Eltern angehören, wachsen Kinder in einem bildungsfreundlichen Klima auf oder werden in einem eher bildungsfernen Milieu sozialisiert. Je nachdem, in welches soziale Milieu ein Kind hineingeboren wird, genießt es also von Geburt an Privilegien oder erleidet Benachteiligungen: Lebenschancen werden sozial vererbt. Die SoVD-Jugend fordert, dass sozial benachteiligte Kinder und Eltern ein Höchstmaß an Unterstützung erhalten.

Frühkindliche Förderung

Kinder aus allen sozialen Schichten benötigen bei Bedarf eine früh ansetzende Förderung. Inklusiv ausgerichtete Kindertagesstätten für Kinder bis drei Jahren mit möglichst universitär ausgebildetem Personal bieten hierfür gute Voraussetzungen. Der von der SoVD-Jugend geforderte gesetzliche Anspruch auf Betreuung für Kinder bis drei Jahren wird seit August 2013 garantiert. Die SoVD-Jugend fordert darüber hinaus, dass der Berufsstand der Kinderbetreuerinnen und -betreuer durch eine höherwertige Ausbildung aufgewertet und durch eine angemessene Bezahlung attraktiv gestaltet wird. Dazu gehört auch, dass der Betreuungsschlüssel nach gängiger wissenschaftlicher Maßgabe eingehalten wird. Das bedeutet, dass zum Beispiel in der frühkindlichen Betreuung ein Schlüssel von eins zu drei erforderlich ist.

Frühkindliche Prävention und Gesundheit

Eine frühkindliche Prävention mittels regelmäßiger Untersuchungen soll durch die Kindertagesstätten, die Schulen und die Jugendämter gewährleistet sein, um frühzeitig ausgleichend tätig werden zu können. Hierdurch wird bei sprachlichen, körperlichen und kognitiven Rückständen eine frühzeitige Förderung initiiert, um eine annähernde oder vollständige zukünftige Chancengleichheit zu erreichen. Neben dem bestehenden System der Vorsorgeuntersuchung, welches noch ausgeweitet werden sollte, besteht auch die Notwendigkeit der gesundheitlichen

und ernährungswissenschaftlichen Aufklärung der Kinder und Jugendlichen in den Kindertagesstätten und Schulen als einem integralen Bestandteil des Tagesablaufes. Hierzu zählen unter anderem Suchtprävention, Sport und die gemeinsame Zubereitung und das gemeinschaftliche Essen von gesunden und ausgewogenen Mahlzeiten.

Kinderrechte und gewaltfreie Erziehung

Die Kinderrechtskonvention wurde am 20. November 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Wir fordern, dass die Kinderrechte in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden. In 14 der 16 Landesverfassungen sind Kinderrechte schon verankert. Der Bund ist hier in Zugzwang und sollte seinen Verantwortlichkeiten gerecht werden. Eine gewaltfreie Erziehung muss ebenfalls eine Selbstverständlichkeit in Deutschland sein. Präventiv müssen den Familien in Problemlagen familienbegleitende Dienste zur Verfügung gestellt werden.

Schule

Das Schulsystem in Deutschland ist streng föderal gegliedert und verfügt über sechzehn weitgehend autonome Schulsysteme. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischem Erfolg ist in Deutschland stark ausgeprägt. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen erfahren in den deutschen Schulsystemen immer noch eine nur unzureichende Förderung. Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurde von Deutschland 2009 ratifiziert. Mit der Ratifizierung hat sich Deutschland verpflichtet, ein inklusives Schulsystem in allen Bereichen anzubieten und allen Kindern und Jugendlichen die Chance zu geben, zusammen auf Regelschulen ihren Schulalltag zu bestreiten.

Eine inklusive Schule für alle

Die SoVD-Jugend fordert gemäß Artikel 24 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen eine Schule, in der alle Kinder bis zur zehnten Klasse gemeinsam in Regelschulen unterrichtet werden. Danach hat eine Aufgliederung der Absolventen auf Oberstufe und Berufsausbildung zu erfolgen. Eine schulische Laufbahn in Förderschulen soll nur in wohlbegründeten Einzelfällen möglich sein. Inklusion muss das oberste Gebot einer Schullaufbahn sein. Dies beinhaltet, dass eine Verlängerung der Schulzeit durch „Sitzenbleiben“ ausgeschlossen ist. Die Förderung der Schülerinnen und Schüler in den Schulen soll den individuellen Fähigkeiten entsprechend sein. Natürlich muss eine inklusive Schule für alle auf eine realistische finanzielle und personelle Ausstattung treffen, die verbindlich zur Verfügung gestellt wird. Finanzielle Vorbehalte bei der Umsetzung des Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention müssen ausgeschlossen sein. Die SoVD-Jugend fordert, dass einer sozialen Selektion in den deutschen Schulsystemen Einhalt geboten wird, und den gesetzlichen Anspruch auf Regelbeschulung.

Ganztagsschulen

Die SoVD-Jugend fordert, dass für alle Schulkinder der Schulalltag in qualifizierten Ganztagschulen obligatorisch wird. Hier ist der Rahmen für eine individuelle Förderung im Schulalltag gegeben. Schulleistungsnachteile können in diesem Rahmen erkannt und ausgeglichen werden. Die deutschlandweit flächendeckende Bereitstellung eines Ganztagsangebots bedarf einer personellen, sachlichen, fachlichen und materiellen Ausstattung, die den qualitativen Erfordernissen angemessen ist.

Ausstattung

Die personelle Ausstattung von Schulen muss neben dem Lehrpersonal auch die schulärztliche, die psychologische, die sozialpädagogische und die sonderpädagogische Betreuung gewährleisten. Vor Ort muss es zur Vernetzung mit weiteren erziehungsrelevanten Einrichtungen, wie öffentlichen Trägern, Ämtern und Vereinen, kommen. Die baulichen Gegebenheiten müssen selbstverständlich barrierefrei gestaltet sein. Schulische Ausstattung und Lehrmittel haben grundsätzlich kostenfrei zu sein.

Föderale Strukturen

Der deutsche Bildungsföderalismus ist durch die Föderalismusreform 2006 zementiert worden. Den Ländern sind hierdurch noch mehr Bildungskompetenzen zugesprochen worden. Länderübergreifende Reformbemühungen, die zum gesamtstaatlichen Ausbau von inklusiven Maßnahmen an deutschen Schulen führen würden, sind somit unterbunden worden. Die Vergleichbarkeit im schulischen Bereich kann auf dieser Grundlage nicht hergestellt werden. Dies erschwert unnötig den Schulwechsel über Ländergrenzen hinweg. Die SoVD-Jugend fordert in einem ersten Schritt die Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern sowie in einem zweiten Schritt die Rücknahme der Föderalismusreformbeschlüsse auf der

Bildungsebene und gesamtdeutsche Bemühungen zu mehr Integration und Inklusion an deutschen Schulen. Um ein vergleichbares Schulsystem auf bundesdeutscher Ebene zu gestalten, bedarf es der rechtlichen Rahmenbedingungen durch eine Änderung des deutschen Grundgesetzes. Schulische Bildung muss eine festgeschriebene zentralstaatliche Aufgabe werden.

Schulabschluss

Um jungen Menschen eine zufriedenstellende Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen, ist es unabdingbar, ihnen einen qualifizierenden Schulabschluss zu ermöglichen. Die Schulabbrecherquoten in der Bundesrepublik Deutschland sind zwar zurückgegangen, jedoch mit der Konsequenz, dass den Betroffenen der Einstieg in den ersten Ausbildungsmarkt mehrheitlich verwehrt bleibt. Dass die betroffenen jungen Menschen in den Folgejahren staatliche Transfergelder werden beziehen müssen, ist unter dieser Voraussetzung wahrscheinlich. Ein fehlender Schulabschluss bestimmt den Lebenslauf nachhaltig negativ. Risikofaktoren sind Behinderungen, häufige Klassenwiederholungen, ein geringer sozioökonomischer Status, ein geringes Bildungsniveau der Eltern und zerrüttete Familienverhältnisse. Aus diesen Erkenntnissen ergeben sich die Forderungen nach präventiven und intervenierenden Maßnahmen. Zur individuellen Förderung mit speziellen Hilfsangeboten, insbesondere für benachteiligte Kinder und Jugendliche, fordert die SoVD-Jugend einen verstärkten Ausbau von Ganztagsangeboten, die Intensivierung beruflicher Orientierung im Rahmen der Sekundarstufe I sowie schulisch intervenierende Hilfen im Rahmen von sozialpädagogischen Hilfestellungen im familiären Spektrum. Hier muss es zu einer massiven Aufstockung der finanziellen Mittel für die begleitenden Hilfsangebote kommen.

Ausbildung

Die SoVD-Jugend fordert, dass allen ausbildungswilligen jungen Menschen in Deutschland die Chance eröffnet wird, vorrangig auf dem ersten Ausbildungsmarkt eine Berufsausbildung zu absolvieren. Offiziell sind die Zahlen der Ausbildungsanwärter ohne Ausbildungsstelle auf dem ersten Ausbildungsmarkt seit Jahren rückläufig. In der offiziellen Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit finden Beschäftigungsverhältnisse des zweiten Ausbildungsmarktes indessen keine zahlenmäßige Erwähnung. So fällt aus der Statistik eine große Anzahl ausbildungswilliger junger Menschen heraus. Somit entsprechen die offiziellen Arbeitslosenzahlen der Bundesagentur für Arbeit nicht der Realität. Junge Menschen mit Beeinträchtigungen sind besonders betroffen von den Schwierigkeiten beim Ausbildungsplatzwerb auf dem ersten Ausbildungsmarkt. Zudem ist erwiesen, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund bei gleicher Leistungsstärke nicht die gleichen Chancen haben, einen Ausbildungsplatz auf dem ersten Ausbildungsmarkt zu erhalten. Sie werden von einer Warteschleife in die nächste geschoben, ohne dass sie eine langfristige Chance hätten, auf dem ersten Ausbildungsmarkt Fuß zu fassen.

Regelausbildung und Duales System

Betriebe, die nicht ausbilden, sind zu einer Ausbildungsplatzabgabe verpflichtet. Die SoVD-Jugend fordert, dass die Betriebe in Deutschland ihrer gesamtgesellschaftlichen Verpflichtung bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen nachkommen. Für die SoVD-Jugend bedeutet ein qualifizierter und anerkannter Ausbildungsabschluss durch die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern die Grundlage für einen erfolversprechenden Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt nach der Ausbildung.

Beratung

Die SoVD-Jugend fordert, dass bei der Vermittlung und der Beratung von jungen Menschen mit dem Ziel eine Ausbildungsstelle anzubieten festgeschriebene und nachvollziehbare Qualitätsstandards verbindlich eingehalten und unabhängig überprüft werden. Im Rahmen der Vermittlungs- und Beratungsaktivitäten muss ein von beiden Seiten unterschriebenes Protokoll geführt werden. Dies soll dazu dienen, im Nachhinein feststellen zu können, ob die Bemühungen der Arbeitsvermittler und der Reha- und Berufsberater den festgeschriebenen Standards entsprochen haben. Zielsetzung eines Gesprächs ist vorrangig die Vermittlung in den ersten Ausbildungsmarkt. Dies muss sich verpflichtend im Gesprächsprotokoll widerspiegeln.

Vernetzung Ausbildungssektor

Die Strukturen des Ausbildungssektors müssen stark vernetzt sein. Arbeitsämter, Schulen und Ausbildungsbetriebe müssen ein sich ständig im Austausch befindliches Netzwerk bilden, um ausbildungswilligen Schülerinnen und Schülern möglichst effizient eine Ausbildungsstelle bieten zu können. Das Informationsmanagement zur Vermittlung von Stellen für junge Menschen mit Behinderungen und von Möglichkeiten der Unterstützung für die potenziell einstellenden Firmen muss wirksam verbessert werden. Die SoVD-Jugend lehnt Sparmaßnahmen der Agentur für Arbeit und der Bundesregierung auf diesem Gebiet ab und fordert massiv erhöhte Mittel und Anstrengungen in diesem Sektor.

Universitäten und Hochschulen

Die meisten deutschen Hochschulen sind bis heute noch immer nicht komplett barrierefrei. Für einen freien Zugang zu Studium, Ausbildung, Forschung und Lehre ist die Barrierefreiheit unabdingbar. Die SoVD-Jugend fordert zudem ein bedingungsloses Studenten-BAföG an den deutschen Hochschulen. Eine Finanzierung des Erststudiums über Kredite durch

den privaten Bankensektor lehnt die SoVD-Jugend ab. Die SoVD-Jugend fordert darüber hinaus, dass an allen Hochschulen Deutschlands Mentorenprogramme für Studenten mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen angeboten werden. Die Beratung der eingeschränkten Studierenden muss verbessert werden, um Benachteiligungen auszugleichen und Studienabbruchquoten zu minimieren. Eine weitere Forderung der SoVD-Jugend lautet, dass behinderungsbedingte Mehrbedarfe während der Studienzeit einkommens- und vermögensunabhängig zur Verfügung gestellt werden.

Persönliche Assistenz

Eine persönliche Assistenz muss für Menschen mit Behinderungen an Universitäten und Ausbildungsplätzen bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden. Dies muss gesetzlich verpflichtend sein. Für den Nachteilsausgleich ist eine persönliche Assistenz unabdingbar. Der Staat muss hierfür die finanziellen Mittel bereitstellen.

Arbeit

Die SoVD-Jugend fordert für geleistete Arbeit einen gerechten Lohn, der den Lebensbedarf ausreichend deckt. Der Mindestlohn, eingeführt in der aktuellen Legislaturperiode, ist ein erster Schritt zur lebensbedarfsdeckenden Entlohnung. Eine strikte Absage erteilt die SoVD-Jugend der missbräuchlichen Anwendung von Werkverträgen, um das Lohnniveau zu senken. Der Gesetzgeber wird von der SoVD-Jugend aufgefordert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um diese Schlupflöcher konsequent zu schließen.

Arbeitsmarkt

Die SoVD-Jugend fordert, dass die Vielzahl der prekären Arbeitsverhältnisse durch Regulierungen auf dem Arbeitsmarkt eingeschränkt werden. Hierzu zählen auch postgraduelle Praktikumsstellen hoch qualifizierter junger Menschen. Die SoVD-Jugend fordert dafür die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze mit fairen Löhnen. Befristete Arbeitsverhältnisse dürfen nach wie vor nur die Ausnahme bilden, soll die Lebensplanung junger Menschen verlässlich gewährleistet werden.

Ausgleichsabgabe und Beschäftigungspflicht

Für die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderungen tragen alle öffentlichen und privaten Arbeitgeber eine besondere Verantwortung. Sie müssen ihrer im Schwerbehindertenrecht festgelegten Beschäftigungspflicht endlich in vollem Umfang nachkommen. Ohne Erfüllung dieser Verpflichtung bleiben alle Maßnahmen der beruflichen und sozialen Inklusion fragwürdig. Aus diesem Grund ist die Ausgleichsabgabe für jeden unbesetzten Pflichtplatz auf 600 € zu erhöhen.

Soziale Sicherung

Die SoVD-Jugend fordert, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig und solidarisch zu gestalten. Das Ziel der SoVD-Jugend ist es, Armut und soziale Ausgrenzung zu überwinden und allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu eröffnen.

Krankenversicherung

Die SoVD-Jugend fordert, dass alle Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland eine hochwertige Gesundheitsversorgung für sich in Anspruch nehmen können. Die SoVD-Jugend verurteilt eine Zweiklassenmedizin und fordert eine Bürgerversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland einbezogen werden. Die SoVD-Jugend fordert zudem, die Zuzahlungsregelungen nicht weiter auszudehnen. Wir verlangen eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung des Krankenversicherungssystems, indem die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber nicht bevorzugt behandelt werden und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die gesteigerten Kosten für das Gesundheitssystem nicht einseitig tragen müssen.

Rentenversicherung

Um einer drohenden Altersarmut vieler Menschen entgegenzuwirken, fordern wir den Staat auf, eine gerechte Altersfinanzierung aller Menschen zu gewährleisten. Dies trifft vor allem auf Menschen zu, die aufgrund ihrer Arbeitsbiografien geringe Einkünfte erhalten und erhielten, aber trotzdem auf eine lange Zeit von Einzahlungen in die Rentenkasse zurückblicken können.

Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung fortentwickelt werden, denn die von einer durchgehenden sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung geprägten Erwerbsbiografien sind seit Jahren auf dem Rückzug. Stattdessen nimmt die Zahl der Erwerbstätigen zu, die infolge einer sozialversicherungsfreien Selbstständigkeit

oder einer prekären Beschäftigung Lücken in ihren Erwerbsverläufen aufweisen und damit einer besonderen Gefahr der Altersarmut ausgesetzt sind. Um diesem wachsenden Schutzbedürfnis Rechnung zu tragen, müssen in einem ersten Schritt alle Erwerbstätigen ohne obligatorische Alterssicherung in die solidarische Rentenversicherung einbezogen werden. Ferner muss geprüft werden, wann in einem zweiten Schritt auch die anderen Erwerbstätigen wie Politikerinnen und Politiker, Beamte sowie Berufsständlerinnen und Berufsständler unter Wahrung verfassungsrechtlicher Vorgaben zur Stärkung der Solidargemeinschaft in die Erwerbstätigenversicherung einbezogen werden.

Die SoVD-Jugend tritt für ein solidarisches Verständnis und Miteinander der Generationen ein. Einer Dramatisierung des demografischen Wandels mit einhergehendem Generationenkonflikt erteilen wir eine Absage. Die Verteilungsproblematik besteht in unserer Gesellschaft nicht zwischen Alt und Jung, sondern aufgrund einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, und dies durch alle Altersgruppen. Wer heute im vermeintlichen Interesse der Zukunftssicherung für die jüngere Generation und zugunsten der Nachhaltigkeit der Rentensysteme die Renten kürzt, der kürzt in erster Linie die Leistung der nachkommenden Generationen durch ein in der Zukunft sinkendes Rentenniveau und erschafft hierdurch eine Erosion des Sozialstaats mit massiv steigenden Armutproblemen in der Zukunft. Das herausragende sozialpolitische Problem der Gegenwart ist unserer Meinung nach eine aus den Fugen geratene Verteilungsgerechtigkeitslage in der Bundesrepublik Deutschland.

Pflegeversicherung

Die SoVD-Jugend fordert die Sicherstellung einer menschenwürdigen Pflege mit hohen Qualitätsstandards. Dabei ist die häusliche Pflege einer stationären Unterbringung vor-

zuziehen. In der Regel möchten pflegebedürftige Menschen in ihrem gewohnten häuslichen Umfeld ihren Lebensalltag verbringen. Die unterschiedlichen Pflegeinstanzen müssen stärker miteinander vernetzt werden. Hierdurch kann eine Qualitätssteigerung erreicht werden. Zudem muss eine psychologische und pflegebegleitende Unterstützung für pflegende Angehörige geschaffen werden, um sie zu entlasten. Die Pflegeversicherung muss paritätisch finanziert sein. Die SoVD-Jugend fordert ihre Weiterentwicklung zu einer Pflegebürgerversicherung.

Die SoVD-Jugend ist sich der Probleme von jungen Menschen mit Behinderungen in Pflegesituationen bewusst. In vielen Fällen werden junge Menschen nicht, wie sie es sich wünschen, alters- und wohnumfeldgemäß gepflegt. Problematisch ist, dass junge Menschen in Pflegesituationen einem Pflegeumfeld ausgesetzt werden, das ihren Bedürfnissen in keiner Weise entspricht. In diesem Zusammenhang fordert die SoVD-Jugend ein Bundesleistungsgesetz auf der Grundlage der Eingliederungshilfe, welches die Leistungen der Eingliederungshilfe in Pflegefällen vollumfänglich sicherstellt. Eine altersgemäße ambulante Unterbringung muss absoluten Vorrang vor einer stationären Unterbringung in Heimen haben. Hier muss das Wunsch- und Wahlrecht der betroffenen Person berücksichtigt werden. Ein finanzieller Vorbehalt der Kostenträger sollte bei der Entscheidung über die Übernahme der Kosten ausgeschlossen sein. Um den betroffenen jungen Menschen eine unabhängige Unterstützung in ihrer Situation bieten zu können, fordert die SoVD-Jugend zusätzlich die Einrichtung von Beratungsstellen.

Unfallversicherung

Die arbeitgeberfinanzierte Unfallversicherung muss in ihrer heutigen Funktion und Ausgestaltung erhalten bleiben. Um Versicherungsfällen effektiv entgegenzuwirken,

fordert die SoVD-Jugend präventive Maßnahmen, die schon im Ausbildungs- und Schulsektor einsetzen und von der gesetzlichen Unfallversicherung implementiert werden.

Arbeitslosenversicherung

Die SoVD-Jugend fordert eine Stärkung der Arbeitslosenversicherung. Die Arbeits- und Lebenssituation der Beschäftigten und Arbeitslosen muss verbessert werden. Die SoVD-Jugend fordert, die massiv verschlechterte soziale Sicherheit bei Arbeitslosigkeit wiederherzustellen und junge Menschen individuell zu betreuen und zu fördern. Die SoVD-Jugend verurteilt Sparmaßnahmen bei den Förderbudgets der arbeitsmarktpolitischen Leistungen. Die SoVD-Jugend fordert, dass das Förderinstrumentarium des SGB IX bei der Eingliederung von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt effektiv genutzt wird. Die SoVD-Jugend fordert zudem eine Verbesserung der Geldleistungen bei Arbeitslosigkeit. Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I muss verlängert werden, um das Armutrisiko durch den Bezug von Arbeitslosengeld II zu verringern.

Hartz IV

Alle Menschen haben ein Grundrecht auf ein würdevolles Leben und auf ein Einkommen, das dies ermöglicht. Die SoVD-Jugend fordert eine transparente und gerechte Berechnung der Leistungsansprüche von Hartz-IV-Leistungen. Familien mit Kindern bedürfen einer besonderen Förderung durch den Staat. Eine Stigmatisierung und Schlechterstellung durch den Bezug von Hartz IV verurteilt die SoVD-Jugend. Der Staat muss alle Möglichkeiten nutzen, um eine gleichwertige Teilnahme von Kindern aus transferleistungsbeziehenden Familien am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten.

Mehr als die Hälfte der von einer kompletten Streichung von Hartz-IV-Leistungen Betroffenen sind unter 25 Jahren, da für diese Altersgruppe verschärfte Regelungen

gelten. So ist es möglich, dass Jobcenter bereits bei der Ablehnung eines Jobs oder einer Fortbildungsmaßnahme den Regelsatz streichen. Die SoVD-Jugend fordert, dass die verschärften Regelungen für unter 25-Jährige revidiert werden. Die Reglementierungen sind unserer Meinung nach ein Verstoß gegen das Gebot der Verhältnismäßigkeit und gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Eingliederungshilfe

Die SoVD-Jugend fordert eindringlich ein Bundesteilhabegesetz auf der Grundlage einer reformierten Eingliederungshilfe, welches den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention entspricht. In dem Teilhabegesetz muss sich der Anspruch auf eine einkommens- und vermögensunabhängige Gewährung von Nachteilsausgleichen für Menschen mit Behinderungen widerspiegeln. Die SoVD-Jugend fordert, dass behinderte Menschen aus der lebenslangen Sozialhilfeabhängigkeit befreit werden, dass ihnen Selbstständigkeit und eigenständige Wohn- und Lebensformen ermöglicht werden und dass sie nicht durch ihre Behinderung in die Armut getrieben werden.

Persönliches Budget

Seit dem 1. Januar 2008 haben Menschen mit Behinderungen einen gesetzlichen Anspruch auf die Gewährung des sogenannten Persönlichen Budgets in Form von Geldleistungen oder einem Gutschein. Somit können Menschen mit Behinderungen als Experten in eigener Sache unabhängiger und mit flexiblen, selbst gewählten Hilfen ihr Leben gestalten. Sie können entscheiden, wann, wo und von wem sie Leistungen in Anspruch nehmen. Gerade jüngere Menschen mit Behinderungen sind an dieser Form der Leistungsgewährung interessiert. Leider sind die Leistungsträger in vielen Fällen immer noch nicht hinreichend über die Gewährung dieses Rechtsanspruches informiert und blockieren ihn. Die SoVD-Jugend fordert für die Leistungsträger eine bundesweite Qualifizierungs- und Informationsoffensive und für Menschen mit Behinderungen Rechtsanspruch zur Gewährung des Persönlichen Budgets. Die bisherigen Bemühungen reichen bei Weitem nicht aus. Es herrschen bei den möglichen Leistungsbeziehern und Leistungserbringern immer noch Informationsdefizite.

Jugendhilfe

Jugendhilfeeinrichtungen in Deutschland sind einem ständigen Sparzwang der Kommunen, der Länder und des Staates unterworfen. Eine nachhaltige, zukunftsgerichtete Arbeit ist unter dieser Voraussetzung nur bedingt möglich. Auf die großen Problemlagen im Jugendsektor wird in der Regel nur nach medienwirksamen Berichten eingegangen. Die Jugendlichen werden mit ihren umfangreichen Herausforderungen unter diesen Voraussetzungen von der Jugendhilfe und den Einrichtungen oftmals alleine gelassen. Zusätzlich fehlt es den Einrichtungen der Jugendhilfe sehr oft an einer effektiven Vernetzung. Hierdurch werden sich andeutende Schwierigkeiten zum Teil gar nicht oder zu spät wahrgenommen und erkannt.

Lokale Vernetzung und Ausstattung

Die finanziellen Probleme der jeweiligen öffentlichen Haushalte dürfen nicht auf Kosten der Heranwachsenden ausgetragen werden. Die Einrichtungen und Behörden haben über eine gute finanzielle und personelle Ausstattung zu verfügen, die es ihnen ermöglicht, effektiv und zeitnah auf Problemsituationen der Heranwachsenden zu reagieren. Sie haben strikt barrierefrei gestaltet zu sein. Zudem muss eine zukunftsgerichtete Jugendarbeit gewährleistet sein. Hierzu trägt eine leistungsfähige Vernetzung der unterschiedlichen Instanzen der Jugendhilfe bei. Jugendeinrichtungen vor Ort müssen mit allen Trägern, Ämtern, Schulen und so weiter für einen ständigen Austausch vernetzt sein. Eine gute Vernetzung besitzt immer auch eine präventive Wirkung. Aus diesem Grund soll es zu regelmäßigen Treffen der unterschiedlichen Jugendhilfeinstanzen auf lokaler Ebene kommen.

Interkulturalität

Die Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund muss in den Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen und Ämtern verstärkt gefördert werden. Dies stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft. Eine gute Jugendarbeit für ausländische und deutsche Jugendliche kann ein

Aufflammen von Feindseligkeiten untereinander verhindern. Die SoVD-Jugend fordert einen entschiedenen Kampf des Staates und der Gesellschaft gegen jegliche rechtsradikale Tendenzen. In den Schulen und Jugendeinrichtungen soll fremdenfeindlichen Tendenzen durch Aufklärung und Möglichkeiten der Begegnung entgegengewirkt werden.

Freizeit und Reisen

Reisen für junge Menschen sollen von den Veranstalterinnen und Veranstaltern inklusiv und interkulturell gestaltet werden. Hierdurch können Vorurteile untereinander abgebaut und Verständnis geschaffen werden. Selbstverständlich müssen die Voraussetzungen für Barrierefreiheit gegeben sein.

Barrierefreiheit

Die SoVD-Jugend setzt sich für eine barrierefreie Umwelt ein, die auch Menschen mit Behinderungen ermöglicht, gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die barrierefreie Gestaltung der Umwelt ist eine wesentliche Bedingung der Inklusion und der eigenständigen Lebensführung von Menschen mit Behinderungen, wie sie auch in der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen definiert ist. Eine barrierefreie Umwelt nutzt allen Menschen in ihrem täglichen Handeln.

Verkehr

Die SoVD-Jugend fordert, die Verkehrsmittel und Verkehrsanlagen barrierefrei aus- und umzubauen. Menschen mit Seh- oder Hörbehinderungen ist die gefahrlose Teilnahme am öffentlichen Personen- und Straßenverkehr durch entsprechende Orientierungshilfen zu ermöglichen. Der öffentliche Personennahverkehr ist auf der Basis des Niederflurkonzepts weiterzuentwickeln und auszubauen. Die SoVD-Jugend fordert, sämtliche Bahnhöfe und Züge zeitnah barrierefrei zu gestalten, so dass diese uneingeschränkt von Menschen mit Behinderungen genutzt werden können. Nur durch diese Umsetzung ist es jedem Menschen mit Behinderung möglich, die preisgünstigste Zugverbindung zu wählen. Solange diese Wahl der Zugverbindungen nicht gegeben ist, fordert die SoVD-Jugend Vergünstigungen für mobilitätseingeschränkte Reisende.

Medien

Für Menschen mit Sinnesbehinderungen erfolgt der Informationsfluss oftmals über das Medium Fernsehen. Die Fernsehprogramme müssen aus diesem Grund obligatorisch mit Untertiteln oder Gebärdendolmetscherinnen und -dolmetschern ausgestattet sein und eine Audiodeskription über Zweikanalton bieten. Dem Internet kommt eine ähnliche Bedeutung wie dem Fernsehen als Informationsmedium zu. Auch hier müssen die

einzelnen Internetauftritte insbesondere durch Seiten mit einer großen Schrift sowie einer Audiosprachübersetzung barrierefrei gestaltet sein. Die Inhalte der Internetseiten müssen zudem in Leichte Sprache übersetzt sein.

Leben und Wohnen

Die SoVD-Jugend fordert eine öffentliche Förderung des Wohnungsbaus zur Schaffung von bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum in den Zentren des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Die SoVD-Jugend fordert, einer Ausgrenzung von Menschen mit geringerem finanziellen Spielraum von den Zentren der Stadt durch adäquate gesetzliche Regelungen entgegenzuwirken. Gesellschaft im Sinne der SoVD-Jugend kann nur dadurch entstehen, dass eine vielfältige, repräsentative Mischung des Wohnumfeldes besteht.

Wichtig für die SoVD-Jugend sind generationenübergreifende Wohnformen, die die gesellschaftliche Realität abbilden. Dadurch, dass unsere Gesellschaft auf demografischer Ebene mit vielfältigen altersbedingten Umständen konfrontiert ist, bietet das generationenübergreifende Wohnen Möglichkeiten, Tendenzen der Vereinsamung und der Hilflosigkeit entgegenzuwirken. Das Ziel sollte eine Hilfskultur der Generationen sein. Jung unterstützt Alt, Alt unterstützt Jung. Mehrgenerationenhäuser können Wegbereiter für ein besseres gesellschaftliches Miteinander sein.

Zukunft

Die Zukunft bestimmen vielfache Herausforderungen: Die Umweltprobleme werden aller Voraussicht nach in einen Klimawandel mit weitreichenden Folgen münden, wenn es nicht zu sofortigen Aktivitäten zur Vermeidung weiterer wie bestehender klimaverändernder Verschmutzungen kommt. Auch das rasante Bevölkerungswachstum mit allen einhergehenden Problemen wie Ressourcenmangel, Armut, Hunger und Durst wird ein wichtiges zu bewältigendes Problem der Zukunft sein. Hiervon kündigen schon heute die großen Flüchtlingsströme aus den armen Regionen der Erde. Die SoVD-Jugend fordert eine nachhaltige und sozial ausgewogene Politik, die den Herausforderungen in der Zukunft gerecht wird.

Umwelt

Die aktuellen Entwicklungen stellen die Menschheit vor die seit Jahrhunderten wohl größte Herausforderung. Der Umbau der weltweiten Wirtschaft auf umweltverträgliche Produktionsweisen wird massive Forschungsressourcen benötigen. Die SoVD-Jugend fordert den konsequenten Umbau der Energieversorgung auf alternative, ressourcenschonende Energien. Mit einer nachhaltigen Energie-, Industrie- und Umweltpolitik kann es der Menschheit gelingen, die eklatantesten Auswirkungen des Klimawandels erträglich zu gestalten. Die einzuleitenden Maßnahmen haben kurzfristig, also ab sofort, zu erfolgen.

Frieden

Der Sozialverband Deutschland sah sich als Kriegsopferverband mit den Auswirkungen zweier großer Weltkriege konfrontiert. In vielen Regionen der Erde kommt es immer noch zu menschenverachtenden kriegerischen Handlungen. Als SoVD-Jugend verurteilen wir aggressive Kriegsaktivitäten. Die Staatengemeinschaft hat diesen weltweit entgegenzutreten. Hier ist ein konsequentes Handeln der Vereinten Nationen einzufordern.

Europa

Europa hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg und vielen Millionen Opfern sukzessive für die europäische Einigung entschieden. Gegenwärtig sind 28 Staaten in der Europäischen Union Mitglied. Trotz der politischen Schwierigkeiten, die dieser Einigungsprozess birgt, unterstützt die SoVD-Jugend die europäische Idee aus voller Überzeugung. Der Zusammenschluss vieler Nationen bietet die Chance, langfristig Frieden, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit in Europa zu erreichen und zu sichern. Eine Einigung hilft, Vorurteile und Ressentiments untereinander abzubauen.

Als Basis eines geeinten Europas müssen verbindliche Sozialstandards geschaffen werden, die allen Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union soziale Sicherung und Teilhabemöglichkeiten bieten. Die SoVD-Jugend ist der festen Überzeugung, dass ein geeinigtes Europa eine Grundvoraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Völkergemeinschaft ist. Im europäischen Kontext stellt sich die SoVD-Jugend gegen jegliche rechtspopulistische Tendenzen, die einem europäischen Integrationsprozess entgegenwirken. Die SoVD-Jugend fordert die konsequente Umsetzung der von der Europäischen Union ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention in allen Bereichen. Eine entsprechende Institution, analog dem Institut für Menschenrechte in Deutschland, soll die Schritte zur Umsetzung überwachen und Verstöße dokumentieren.

Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa verharrt seit Jahren auf einem nicht hinnehmbar hohen Niveau. Hierdurch ist auch die Zukunft des „Europäischen Hauses“ in seinem Fundament bedroht. Junge Menschen, die aufgrund der europäischen Krise ihrer Zukunft beraubt werden, werden sich als erstes von Europa und der Politik abwenden. Die Gefahren, die hieraus entstehen, bedrohen den europäischen Zusammenhalt und somit auch den Frieden in der Zukunft.

Die Anstrengungen der Europäischen Kommission, diesen Umstand nachhaltig zu verbessern, müssen intensiviert werden. Sparvorgaben für die Mitgliedsländer der Europäischen Union müssen sich auch einer Überprüfung stellen, ob sie der Jugendarbeitslosigkeit entgegenwirken.

Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik

Die SoVD-Jugend vertritt die Überzeugung, dass die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland Einwanderungsregionen sind. Europa ist seit Beginn seiner Geschichte von Einwanderung geprägt. Problematiken, hervorgerufen durch kriegerische Handlungen und existenzielle wirtschaftliche Schwierigkeiten in den Flucht- und Auswanderungsländern, können nicht durch ein rigoroses Abschotten Europas gelöst werden. Als ein humaner, aufgeklärter Kontinent muss sich Europa den Problemlagen in den betroffenen Regionen stellen. Grundvoraussetzung sind diesbezüglich eine humane Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik in ganz Europa und ein fairer Handel, der ausbeuterischen Tendenzen in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Industrienationen, den Wirtschaftsakteuren und den Partnerinnen und Partnern in den betroffenen Regionen entgegenwirkt.

Bürgerbeteiligung

Die SoVD-Jugend fordert, die bestehenden Richtlinien für Volksbegehren zu verbessern und sie damit zu vereinfachen. Die SoVD-Jugend fordert Plebiszite auch auf Bundesebene. Durch die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger kann der Politikentfremdung vieler Menschen entgegengetreten werden. Die SoVD-Jugend fordert die Vertreter der Kommunen, der Länder, des Bundes und der EU auf, schon früh auf die Zielgruppen zuzugehen und ihr geistiges Kapital zu nutzen.

Vor Ort für euch

Wir stehen für

ein gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen und soziale Gerechtigkeit. Bei uns, in der Jugendorganisation des SoVD, treffen sich junge Menschen, um gemeinsam Projekte zu gestalten, ihre Freizeit zu verbringen und Spaß zu haben. Sicher, wir wollen nicht gleich die ganze Welt verändern, aber doch unseren Teil dazu leisten, dass alle Menschen selbstbestimmt leben und an der Gesellschaft teilhaben können.

Wir wollen

eine inklusive und solidarische Gesellschaft, die allen jungen Menschen Chancengleichheit ermöglicht. Dazu sind wir auch in der Jugend- und Sozialpolitik tätig und vertreten eure Interessen: eine Schule für alle, eine barrierefreie Umgebung, anspruchsvolle Ausbildungen für alle, Bekämpfung von Kinderarmut und Kinderrechte als Grundrechte.

Wir bieten euch

interessante und spannende Freizeitangebote wie Ausflüge, Ferienfahrten und Spaß unter Freunden. Du bist herzlich eingeladen, an unseren Seminaren, Bildungsangeboten und Projektgruppen teilzunehmen. Und natürlich kann du dich aktiv bei uns in den Jugendgruppen, in der Projektarbeit oder in den Vorständen einbringen und die Jugendarbeit selbst mitgestalten.

Mach mit!

Du bist jünger als 27 Jahre und Mitglied im Sozialverband Deutschland? Dann sei dabei – dir entstehen keine weiteren Kosten.

Bundesverband

Sozialverband Deutschland e. V.

Stralauer Straße 63

10179 Berlin

Tel. 030 72 62 22-0

Fax 030 72 62 22-311

kontakt@sovd.de

Oder besucht:

sovdjugend.de

sovd.de

sovd-tv.de

Landesverbände

Impressum

Herausgeber

Sozialverband Deutschland e. V.

Abteilung Sozialpolitik

Stralauer Straße 63

10179 Berlin

Tel. 030 72 62 22-0

Fax 030 72 62 22-3 11

jugend@sovd.de

sovdjugend.de

kontakt@sovd.de

sovd.de

Verfasser

Maik Theede-Fagin

Gestaltung

Matthias Herrndorff, Lena Renz

Titelbild unter Verwendung von

© Galina Barskaya / Fotolia.com

© Sozialverband Deutschland e. V., 2015

Im November 2015 verabschiedete die 20. Bundesverbandstagung das Jugendpolitische Programm des SoVD: Kernforderungen und politische Vorschläge, die dem Grundsatz „Inklusion wagen – Solidarität gewinnen“ folgen. Dieses Programm bildet die Grundlage für unsere jugendpolitische Arbeit 2015–2019.

sovdjugend.de

Sozialverband Deutschland e. V.
Stralauer Straße 63
10179 Berlin

Tel. 030 72 62 22-0
Fax 030 72 62 22-3 11
kontakt@sovd.de